

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

19. Mai 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Bei der Explosion einer Sprengfalle wurden in der ostafghanischen Provinz Kunar zwei Kinder getötet und zwei Menschen verletzt.

Stichwahl am 16.06.14

Nach dem amtlichen Endergebnis der Präsidentschaftswahlen erreichte der Kandidat Abdullah Abdullah 45 % der Stimmen, Aschraf Ghani erhielt 31,6 %. Da keiner der Bewerber die absolute Mehrheit erringen konnte, ist eine Stichwahl notwendig.

Pakistan

Anschläge

Am 16.04.14 wurden bei einem Bombenanschlag im nordwestpakistanischen Bannu zwei Polizisten und fünf Zivilpersonen verletzt.

Am selben Tag ereignete sich ein Anschlag vor einem Restaurant in Rawalpindi, bei dem 16 Personen verletzt wurden.

Im Distrikt Panjgur der südafghanischen Provinz Balochistan sind seit dem 07.05.14 mehrere Privatschulen, in denen Englisch unterrichtet wird, geschlossen. Grund waren Drohungen einer bislang unbekanntenen Gruppe namens Tanzeem ul Islami ul Furqan. Englisch zu lernen und koedukativer Unterricht seien Sünden.

Ahmadi nach Blasphemie-Vorwurf ermordet

Ein der Blasphemie verdächtigtes Mitglied der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft wurde am 16.05.14 in der Provinz Punjab erschossen. Nach der Festnahme des Beschuldigten sei, so ein Behördensprecher, ein uniformierter Mann in der Wache aufgetaucht und habe den Mann erschossen.

Irak

Sicherheitslage

Nach wie vor kommt es in Irak täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im Mai (Stand: 18.05.14) bisher 558 Zivilpersonen getötet. Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP kamen im Mai (Stand: 17.05.14) bisher 490 Menschen um, davon 27 Polizisten, 72 Soldaten, neun Mitglieder der Sahwa und 180 Extremisten.

Anschlagsserien in Bagdad

Bei einer Serie von Anschlägen wurden am 13.05.14 in Bagdad mindestens 29 Menschen getötet. Die Anschläge erfolgten in mehrheitlich von Schiiten bewohnten Vierteln.

Am 15.05.14 starben mindestens 20 Menschen. Anschlagssziele waren u.a. ein Parkplatz im Viertel Karrada, in dessen Nähe Verwaltungsgebäude, Gerichte, ein Krankenhaus und ein Markt liegen.

Syrien

Luftwaffenchef getötet

Angaben eines Vertreters der Sicherheitskräfte vom 18.05.14 zufolge kam der Chef der syrischen Luftwaffe, General Hussein Isaac, bei Kämpfen um die strategisch wichtige Stadt Mleiha ums Leben. In Mleiha befindet sich das Hauptquartier der Luftwaffe. Das Militär versucht derzeit, die seit einem Jahr von den Rebellen belagerte Stadt zurückzuerobern. Der Leiter der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte nannte den Tod Isaacs einen „wichtigen psychologischen Schlag“ gegen die syrische Führung.

Syrien-Kontaktgruppe trifft sich in London

Am 15.05.14 trafen sich Vertreter einer Reihe westlicher und arabischer Staaten sowie der syrischen Opposition zu Gesprächen in London. Diskutiert wurde u.a. über eine weitere Unterstützung der Opposition, Hilfslieferungen an die Opfer des Bürgerkriegs und einen erhöhten Druck auf die Führung in Damaskus. Die Vertreter der Kontaktgruppe verurteilen die am 03.06.14 geplante Präsidentschaftswahl als „Farce“ und „Beleidigung des Volkes“.

Wahlkampf

Der Wahlkampf begann am 18.05.14. Der bekannteste Gegenkandidat von Präsident Assad ist Hassan al-Nuri, ein ehemaliger Staatsminister und Geschäftsmann.

Syrien-Sondergesandter Brahimi tritt zurück

Nach knapp zwei Jahren im Amt kündigte der Syrien-Sonderbeauftragte Lakhdar Brahimi zum 31.05.14 seinen Rücktritt als Unterhändler für die Vereinten Nationen und die Arabische Liga an. Brahimi sah zuletzt kaum mehr Chancen für Friedensgespräche.

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche wurden u.a. am 15.05.14 nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mindestens 43 Menschen bei einem Autobombenanschlag in der Nähe der türkischen Grenze getötet. Mehrere Dutzend Menschen wurden verletzt. Das Attentat ereignete sich am Grenzübergang Bab al-Salameh in der Provinz Aleppo. Der Grenzübergang wird seit etwa zwei Jahren von Rebellen kontrolliert und ist eine wichtige Transitstelle für Menschen und Waren. In den vergangenen Monaten hatte es in der Nähe des Grenzpostens immer wieder Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Rebellengruppen gegeben. Bei Luftangriffen im Norden des Landes sollen zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sein.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Tote bei Protesten im Westjordanland am Tag der palästinensischen „Katastrophe“

Bei Protesten im Westjordanland am palästinensischen Gedenktag „al-Naqba“ (die Katastrophe) haben israelische Grenzpolizisten zwei Demonstranten erschossen. Wie an jedem 15. Mai erinnerten die Palästinenser auch in diesem Jahr mit zahlreichen Kundgebungen an die Flucht und Vertreibung von rund 760.000 Landsleuten, die 1948 auf die Gründung des Staats Israel folgte.

Libanon

Präsidentenwahl erneut gescheitert

Am 15.05.14 scheiterten die Parlamentarier zum vierten Mal mit ihrem Versuch, einen neuen Staatspräsidenten zu wählen. Weil der Block der schiitischen proiranischen Hizbollah die Sitzung boykottierte, wurde das Quorum von zwei Dritteln der 128 Abgeordneten nicht erreicht. Parlamentspräsident Nabih Berri beraumte eine neue Sitzung für den 22.05.14 an. Im Libanon kann nur ein maronitischer Christ Präsident werden. Die Amtszeit von Präsident Michel Suleiman endet am 25.05.14. Sollten sich der Hizbollah-Block und das rivalisierende Lager um die sunnitische Zukunftsbewegung bis dahin nicht auf einen Kandidaten einigen, droht ein Machtvakuum. Dies wäre gefährlich, weil die Lage wegen des syrischen Bürgerkrieges ohnehin extrem angespannt ist. Die Miliz der Hizbollah kämpft auf der Seite des Regimes von Präsident Bashar al-Assad. Die meisten libanesischen Sunniten sympathisieren mit den Regimegegnern.

Jemen

Über 20 Tote bei Kämpfen mit al-Qaida

Bei militärischen Auseinandersetzungen mit Kämpfern der Terrororganisation „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) sind nach jemenitischen Armeeangaben zehn Soldaten und 13 Islamisten getötet worden. Die Islamisten griffen nach Militärmeldungen am 14.05.14 zwei Armeeposten in Azzan und Jul al-Rida im Süden des Landes an. Die jemenitische Luftwaffe bombardierte Fahrzeugkolonnen der AQAP auf dem Vormarsch nach Azzan. Seit Ende April geht die Armee in mehreren Provinzen gegen die radikalislamische AQAP vor.

Türkei

Proteste nach Minenunglück

Nach dem schweren Grubenunglück von Soma mit 301 Toten kam es am 14.05.14 zu Demonstrationen im Soma, Istanbul und Ankara. Dabei setzten Polizisten Tränengas und Wasserwerfer gegen Demonstranten ein, die Steine und Molotowcocktails warfen. Die Protestierenden forderten zum Teil auch den Rücktritt der Regierung, die sie für das Unglück verantwortlich machen, da diese nach Angaben von Oppositionspolitikern erst vor drei Wochen die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der prekären Sicherheitslage in den türkischen Kohlebergwerken abgelehnt habe. Regierungschef Erdogan versuchte bei einer Pressekonferenz den Unfall mit der Aussage herunterzuspielen, Arbeitsunfälle würden sich immer und überall auf der Welt ereignen. Vorwürfe, die Regierung habe Mitschuld an dem Unglück, wies er zurück. Die Demonstrationen setzten sich auch am 15.05.14 fort. In Izmir gingen Polizeikräfte mit Tränengas und Wasserwerfern gegen ca. 20.000 Protestierende vor, auch in Istanbul und Ankara kam es zu weiteren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Mehrere Gewerkschaften riefen zu einem Generalstreik auf. Gegen drei mutmaßliche Verantwortliche der Betreiberfirma hat die Staatsanwaltschaft inzwischen Strafverfahren eröffnet. Insgesamt wurden 25 Verdächtige festgenommen, darunter auch der Geschäftsführer und der Chefingenieur des Bergwerks. Die Betreibergesellschaft Soma Holding hatte noch am 16.05.14 jede Verantwortung für das Unglück zurückgewiesen.

Iran

Frau zur Gouverneurin ernannt

Esat Kamalzadeh Abbasi wurde zur Gouverneurin der Insel Gheshm, einer wichtigen Freihandelszone in Südiran, befördert. Seit dem Amtsantritt von Präsident Hassan Rohani im August 2013 sind bereits vier Frauen zu Gouverneurinnen aufgestiegen. Rohani hatte nach seinem Wahlsieg versprochen, dass Frauen während seiner Regierungszeit auch Führungspositionen einnehmen würden. Drei von Rouhanis Vizepräsidenten sind Frauen, in sein Kabinett wurde noch keine Frau berufen.

Schlag gegen deutsch-iranischen Schleuserring

Staatsanwaltschaft und Bundespolizei gingen vor kurzem gegen einen deutsch-iranischen Schleuserring vor. Die Bande hatte in iranischen Zeitungen für Reisen nach Deutschland mit gefälschten Dokumenten, etwa erschlichene Visa oder Aufenthaltserlaubnissen, geworben. Bei zahlreichen Wohnungsdurchsuchungen in Nordrhein-Westfalen und Frankfurt a. M. stellten die Ermittler umfangreiches Beweismaterial sicher. Darunter befanden sich neben einer Vielzahl von Ausweiskopien rd. 10.000 € Bargeld und zahlreiche Datenträger.

Ägypten

Ausschreitungen in Kairo

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen kam es in Kairo am 15.05.14 zu Ausschreitungen zwischen Gegnern und Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi. Die Gewalt eskalierte am Rande einer Demonstration für Mursi. Vier Personen wurden festgenommen.

Anschlag auf Wahlkampfkundgebung

Am 17.05.14 wurden bei einem Bombenanschlag auf eine Kundgebung für Abdur Fattah al-Sisi vier Menschen verletzt, darunter zwei Polizisten.

Erneut Verurteilungen nach Massenprozessen

Am 18.05.14 verurteilte ein Gericht in der nordägyptischen Stadt Kafr al-Scheich 126 Teilnehmer einer Demonstration vom August 2013 zu Haftstrafen von je zehn Jahren. Sie waren der Beteiligung an Gewalttaten und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung beschuldigt worden.

In Kairo wurden 37 Personen zu Haftstrafen von je 15 Jahren verurteilt, weil sie versucht haben sollen, Bomben in einer U-Bahn-Station zu zünden.

Libyen

Tote bei Angriff auf Parlament

Milizionäre des ehemaligen Generals Chalifa Haftar stürmten am Abend des 18.05.14 das Parlamentsgebäude in Tripolis und lieferten sich dabei ein Feuergefecht mit den Sicherheitskräften. Es gab mindestens zwei Tote und mehr als 55 Verletzte. Die Abgeordneten sollen in Sicherheit gebracht worden sein. Ein Oberst, der nach eigenen Angaben im Namen von Haftars Milizionärsgruppe, den Sintan-Brigaden, sprach, erklärte, dass auch Abgeordnete sowie der libysche Parlamentspräsident zu den Islamisten zählten, die es zu bekämpfen gelte. Haftars Kämpfer hatten bereits am 16.05.14 in der ostlibyschen Stadt Bengasi eine Offensive gegen islamistische Gruppen geführt, bei der nach Angaben des libyschen Gesundheitsministeriums mindestens 80 Menschen getötet und mehr als 140 verletzt worden waren. Die Übergangsregierung warf Haftar vor, einen Putsch zu planen, und verhängte ein Flugverbot über Bengasi, um die Kämpfe einzudämmen. Haftar wies den Putschvorwurf zurück und erklärte, er wollte nur für die Sicherheit in Bengasi sorgen und die Stadt von Islamisten säubern. Der Angriff auf das Parlament war nicht der erste; im vergangenen Jahr stürmten wiederholt Bewaffnete das Gebäude und entführten Politiker, um Forderungen durchzusetzen oder die Arbeit des Parlaments zu behindern.

Marokko

Ansturm auf Grenzzaun bei Melilla

Am 17.05.14 versuchten etwa 500 Personen aus Ländern südlich der Sahara, begünstigt durch starken Regen und Nebel, über den Grenzzaun nach Melilla zu gelangen. Sie wurden von der spanischen Guardia Civil und den marokkanischen Behörden abgefangen. Einen zweiten Versuch in etwa drei Kilometern Entfernung verhinderte die marokkanische Polizei. Auch der dritte Ansturm von etwa 200 Personen konnte von den marokkanischen Behörden abgefangen werden. Zuletzt war es am 14.05.14 etwa zehn Personen gelungen, die dreifache Umzäunung von Melilla zu überwinden und spanischen Boden zu erreichen.

Eröffnung eines Flughafens

Am 16.05.14 eröffnete der marokkanische König Mohammed VI. einen Flughafen in Beni-Mellal (rd. 200 km südöstlich von Casablanca). Dieser wurde in erster Linie für die große Gemeinschaft in Italien lebender Marokkaner aus der Region Tadmra-Azilal gebaut. Royal Air Maroc wird schon diesen Sommer Flüge zwischen Beni-Mellal und verschiedenen italienischen Städten anbieten. Marokko hat ein Programm zur Erweiterung und zum Umbau seiner Flughäfen zwischen 2014 und 2016 mit dem langfristigen Ziel, 36 Millionen Passagiere jährlich zu befördern.

Algerien

Kabinett vereidigt

Am 09.05.14 wurde in Algier das neue Kabinett vereidigt. Knapp die Hälfte der 34 Ministerien wurde neu besetzt, die Schlüsselministerien blieben unverändert. Im Kabinett sind sieben Frauen vertreten. Die meisten Fachministerien werden von Technokraten geführt, drei Posten wurden mit Mitgliedern von Oppositionsparteien besetzt. Am 15.05.14 unterbreitete Präsident Bouteflika den Parteien 47 Reformvorschläge. Diese sol-

len diskutiert und nach Zustimmung des Verfassungskomitees in einem Referendum zur Abstimmung gestellt werden. Neben der Beschränkung auf zwei Amtszeiten des Präsidenten sollen der Ministerpräsident mehr Befugnisse erhalten, die Medienkontrolle verringert und den Abgeordneten größere Kontrollrechte zugesprochen werden.

Kamerun

Boko Haram überfällt chinesische Fabrik

Bei einem Angriff der Organisation Boko Haram auf eine chinesische Fabrik wurden nach Angaben des Gouverneurs zwei Menschen getötet. Zehn Personen seien verschleppt worden. Etwa 200 Bewaffnete hätten die Stadt Waza im äußersten Norden gegen zwei Uhr morgens angegriffen. Bei den Toten handelt es sich um einen chinesischen Straßenbauarbeiter und einen Soldaten aus Kamerun. Aus chinesischen Botschaftskreisen in der Hauptstadt Yaoundé verlautete, es würden zehn Chinesen vermisst und es gebe einen Verletzten. Das Todesopfer wurde nicht bestätigt.

Nigeria

Tote bei Selbstmordanschlag in der Stadt Kano

Bei einem Selbstmordanschlag in einem belebten Viertel der Stadt Kano im Norden des Landes sind am Abend des 18.05.14 möglicherweise bis zu zehn Menschen ums Leben gekommen. Während der Fernsehsender Channels TV und die Zeitung „Rhe Sun“ in Lagos von zehn Todesopfern berichteten, meldeten andere Quellen mindestens fünf Tote. Offizielle Angaben zum Anschlag stehen noch aus. Übereinstimmend hieß es, ein Selbstmordattentäter habe seinen mit Sprengstoff beladenen Wagen in einer belebten Straße im Stadtteil Sabongari gezündet. Der Schauplatz der Tat – eine Straße mit zahlreichen Bars und Restaurants und ein überwiegend von Christen bewohnter Stadtteil – spricht für eine Tat der Boko Haram.

Vorgehen gegen Boko Haram

Am 17.05.14 beschlossen Frankreich und fünf afrikanische Länder bei einem Gipfel in Paris ein entschlossenes Vorgehen gegen die islamistische Organisation Boko Haram. Aktionen der Gruppe haben in den vergangenen Jahren vor allem im muslimischen Norden des Landes Tausende das Leben gekostet.

Mali

Auseinandersetzungen in Kidal

Bei dem Besuch von Regierungschef Moussa Maras in der Stadt Kidal im Nordosten wurden am 17.05.14 nach Angaben der Vereinten Nationen zwei Zivilisten und acht Behördenvertreter von Tuareg-Rebellen getötet. Bei den Behördenvertretern soll es sich um Mitarbeiter des Gouverneurssitzes handeln, die zuvor als Geiseln genommen worden waren. Bei schweren Gefechten zwischen der malischen Armee und aufständischen Tuareg in Kidal wurden dabei nach Regierungsangaben 36 Menschen getötet, darunter acht Soldaten. Die Tuareg-Gruppe Nationale Befreiungsbewegung von Azawad (MNLA) hatte in Kidal zuvor etwa 30 Behördenvertreter als Geiseln festgehalten.

Uganda

Neues Aids-Gesetz

Das Parlament in Kampala verabschiedete am 13.05.14 ein neues Aids-Gesetz. HIV-Positive, die ihre Ehepartner mit dem Virus infizieren, können danach mit einer Geldstrafe von ca. 1.300 Euro oder mit Haft bis zu zehn Jahren bestraft werden. Zudem dürfen Ärzte ohne Zustimmung ihrer Patienten deren HIV-Status öffentlich machen. Schwangere und Partner müssen sich einem Test unterziehen. Das neue Gesetz löste bei Menschenrechtlern Empörung aus. Die Aktivistin und Ärztin Margret Mungherela bezeichnete das Gesetz als „höchst schädlich für den Kampf gegen Aids“. Auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) kritisierte das Gesetz scharf.

Zentralafrikanische Republik

Neue Angst vor Angriffen der Séléka-Miliz

Die verstreute Séléka-Miliz organisiert sich in der Zentralafrikanischen Republik neu; sie will „Ordnung“ in das vom Bürgerkrieg geplagte Land bringen. Viele fürchten neue Offensiven von einer erstarkenden Rebellenallianz.

Séléka-Rebellen und Kämpfer der Volksgruppe der Peul sollen nach Behördenangaben am 17.05.14 in der Region Kaga Bandoro mindestens 13 Personen getötet haben, indem sie diese in einem Haus einsperrten und es anzündeten.

Journalistin getötet

Das jüngste Beispiel für die Gefährdung von Journalisten ist die 26-jährige Französin Camille Lepage, sie starb am Wochenende in einem Schusswechsel zwischen muslimischen Rebellen und christlichen Milizen.

Somalia

Zahlreiche Tote bei Anschlag

Bei einem Selbstmordanschlag in Baidoa, Hauptstadt der Region Bay, kamen am 11.05.14 mindestens 13 Menschen ums Leben, 25 wurden verletzt. Der Täter brachte ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug zur Explosion. Hinter dem Anschlag wird die al-Shabaab vermutet. Ziel war wahrscheinlich der ehemalige Gouverneur von Bay, der jedoch unverletzt blieb.

Luftangriff Kenias auf al-Shabaab-Stellungen

Nach einem Anschlag auf einen Markt in Nairobi am 16.05.14 bombardierten am 18.05.14 kenianische Kampfflieger nahe der südsomalischen Stadt Jilib Stellungen der Islamisten. Die al-Shabaab verlautbarte, sie habe den Angriff zurückgeschlagen. Meldungen über Tote oder Verletzte liegen nicht vor.

UN-Militäreinheit in Mogadischu

Am 18.05.14 nahm eine 400 Mann starke UN-Militäreinheit aus ugandischen Soldaten den Dienst auf. Ihre Aufgabe ist der Schutz von Einrichtungen und Mitarbeitern der Vereinten Nationen. Stationiert ist die Einheit auf dem Flughafen von Mogadischu.

Südsudan

Verschiebung der Wahlen erwogen

Die südsudanesische Regierung gab am 12.05.14 Planungen bekannt, dass die für 2015 angesetzten Präsidentschaftswahlen verschoben und bis spätestens 2018 durchgeführt werden sollen. Absicht sei, unter einer Übergangsregierung aus allen politischen Parteien eine nationale Aussöhnung voranzutreiben. Der ehemalige Vizepräsident Machar sieht keine Notwendigkeit zur Verschiebung, wenn der am 09.05.14 vereinbarte Friedensplan umgesetzt würde.

Sondertribunal für Südsudan gefordert

UN-Generalsekretär Ban hat angesichts eines zuvor veröffentlichten Berichts, der beiden Seiten des Konflikts im Südsudan Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwirft, den Sicherheitsrat am 12.05.14 gebeten, die Einrichtung eines Sondertribunals zu erwägen.

Warnung vor Hungerkatastrophe

Die Hilfsorganisation Oxfam warnt wegen anhaltender Kämpfe vor einer humanitären Katastrophe. Heftige Regenfälle und überflutete Straßen in einigen Regionen behinderten die Arbeit der Helfer. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen befinden sich mehr als 1,2 Mio. Zivilisten auf der Flucht; etwa 3,7 Mio. Menschen hungern.

Sudan

Christin zum Tod verurteilt

Ein Gericht in Khartum verurteilte eine hochschwangere Frau, deren Vater Muslim war, zum Tod durch Erhängen wegen Abfalls vom Islam. Der Vater hatte die Familie früh verlassen und die christliche Mutter ihr Kind in ihrem Glauben erzogen. Nach islamischem Recht sind die Kinder eines muslimischen Mannes ebenfalls Muslime. Zudem verhängte das Gericht eine Strafe von hundert Peitschenhieben, da die Verurteilte mit einem Christen verheiratet ist und Musliminnen die Heirat mit Christen verboten ist.

Derzeit befindet sich die Hochschwangere mit ihrem Kind im Gefängnis. In der Vergangenheit schob die sudanesishe Regierung die Vollstreckung von Todesurteilen gegen Schwangere oder stillende Mütter auf, bis das Kind abgestillt war.

Kenia

Bombenanschlag in Nairobi

Zwei Explosionen auf dem Gikomba-Markt in Nairobi, eine davon in einem Kleinbus, forderten am 16.05.14 insgesamt mindestens zehn Todesopfer. Dutzende wurden verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich zunächst niemand. Verdächtig wird wie bei Anschlägen zuvor die islamistische Miliz al-Shabaab. Großbritannien, Frankreich und die USA hatten wenige Tage zuvor vor möglichen neuen Terroranschlägen in Kenia gewarnt.

Serbien/Bosnien und Herzegowina

Schwere Überschwemmungen – Notstand ausgerufen

Infolge anhaltender starker Regenfälle und schweren Überschwemmungen in Serbien und in Bosnien und Herzegowina haben die Regierungen für die betroffenen Regionen den Notstand ausgerufen. Man geht von mindestens 44 Hochwassertoten (Stand 18.05.14) aus. Gefahren drohen auch durch Seuchen sowie durch Minen, die vom Hochwasser aus Minenfeldern der 1990er Jahre verfrachtet wurden. Beide Regierungen baten um internationale Hilfe. Mittlerweile sinken die Wasserstände.

In Serbien wurden über 3.000 Personen evakuiert, in mehr als 100.000 Haushalten fiel der Strom aus. Zahlreiche Verkehrswege mussten gesperrt werden.

In Bosnien sind v.a. das Zentrum und der Nordosten betroffen (Schwerpunkt: Zenica, Bijeljina, Tuzla, Sarajevo). Hunderte Häuser wurden überschwemmt oder von der Außenwelt abgeschnitten. In Sarajevo waren rund 3.500 Haushalte ohne Strom. Auf mehreren Straßen des Landes war der Verkehr unterbrochen.

Kosovo

Mandatsverlängerung der KFOR eingeleitet

Mit Beschluss des Bundeskabinetts vom 14.05.14 wurde die Mandatsverlängerung des Bundeswehreinsetzes in Kosovo (KFOR) um ein Jahr eingeleitet. Im Rahmen der KFOR sind aktuell 689 Soldaten im Einsatz. Die Zustimmung des Bundestages steht noch aus. Unterdessen traf Verteidigungsministerin von der Leyen zu einem Truppenbesuch in Kosovo ein.

Ukraine

Runder Tisch ohne Ergebnis

Auch der zweite Runde Tisch blieb ohne konkretes Ergebnis. Nach den Gesprächen im ostukrainischen Charkiv am 17.05.14 sagte Regierungschef Arseni Jazenjuk, die Führung in Kiew sei bereit, alles für eine Einheit des ukrainischen Staates zu tun. Um eine Lösung der Krise zu finden, solle es weitere Runde Tische geben. Die Vermittlungsgespräche fanden unter der Leitung des deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger statt. Er appellierte an alle Ukrainer, „Worte und keine Waffen“ zu verwenden. Beobachter sprachen von einer deutlich besseren Dialogatmosphäre als beim letzten Treffen in Kiew am 14.05.14. Die Beratungen

seien offener gewesen, da auch Vertreter der Opposition und der russisch geprägten Regionen dabei gewesen seien, sagte Ex-Präsident Leonid Krawtschuk. Beteiligt waren auch Innenminister Arsen Awakow und ein weiterer früherer Präsident, Leonid Kutschma. Nicht eingeladen waren die Führer der bewaffneten Separatisten. Jazenjuk betonte erneut, dass es Verhandlungen mit „Terroristen“ nicht geben werde. Gemeint sind die militanten prorussischen Kräfte, die in den Metropolen Lugansk und Donezk im Osten des Landes unabhängige Volksrepubliken ausgerufen hatten. Zugleich sprach er sich für einen besonderen Schutz der russischen Sprache und für eine „Dezentralisierung der Macht“ aus und somit für die Abgabe von Zuständigkeiten aus der Hauptstadt Kiew an die Regionen.

Wahlkommission warnt vor Scheitern der Abstimmung

Eine Woche vor der geplanten Präsidentenwahl in der Ukraine am 25.05.14 warnte die Wahlkommission vor einem Scheitern der Abstimmung. Es gebe massive Probleme im Osten. Durch die Gefechte zwischen Regierungstruppen und Separatisten hätten in etwa einem Dutzend der Wahlbezirke noch nicht einmal die Vorbereitungen begonnen. Die Wahlkommission forderte Interimspräsident Alexander Turtschinow auf, die Arbeit der regionalen Wahlbüros und das Recht der Bürger auf Teilnahme an der Abstimmung zu garantieren, berichteten ukrainische Medien. In den vergangenen Tagen hatte es immer wieder Überfälle auf regionale Wahlkommissionen gegeben, bei denen Wählerverzeichnisse und Computer gestohlen wurden.

Indien

Oppositionspartei gewinnt klar Parlamentswahl in Indien

Die Oppositionspartei Bharatiya Janata Party (BJP – „Indische Volkspartei“) hat die Parlamentswahl in Indien klar gewonnen. Mit 284 von insgesamt 543 Sitzen sicherte sie sich die absolute Mehrheit im indischen Unterhaus, dem Lok Sabha. Im Parteienbündnis „National Democratic Alliance“ (NDA) verfügt sie sogar über 339 Abgeordnete gegenüber 160 im letzten Parlament. Neuer Ministerpräsident wird damit Narendra Modi. Viele der 1,2 Milliarden Inder erhoffen sich von der neuen Führung wieder mehr Wachstum, Entwicklung und neue Jobs. Die Wahlbeteiligung lag mit 66 Prozent so hoch wie nie zuvor. Die bisher regierende Kongresspartei der Gandhi-Familie, die das Land seit Jahrzehnten prägt, erlitt dagegen eine historische Niederlage und büßte mehr als 75 Prozent ihrer Sitze ein.

Narendra Modi wird neuer Ministerpräsident

Modi entstammt einfachen Verhältnissen und trat bereits als Schüler der paramilitärischen hindu-nationalistischen Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS – Hindi für Nationale Freiwilligenorganisation) bei. In dieser erlangte er nach seinem Studium der Politikwissenschaften eine führende Rolle. Modi ist ein überzeugter Verfechter der Hindutva, wonach Muslime und Angehörige anderer religiöser Minderheiten nur Platz in Indien beanspruchen können, wenn sie sich der Kultur und den Bräuchen der Hindus unterwerfen. Anfang der 90er-Jahre trat Modi der dem RSS ideologisch nahestehenden BJP bei und wurde im Oktober 2001 zum Regierungschef von Gujarat ernannt. Hier hat sich der 63-Jährige einen Namen als wirtschaftsfreundlicher und unbestechlicher Politiker erworben, gilt aber auch als autoritär. Modi ist wegen seiner fragwürdigen Rolle bei den religiösen Unruhen in Gujarat im Februar 2002 nicht unumstritten, als über tausend Personen, die meisten von ihnen Muslime, getötet, muslimische Häuser und Geschäfte angezündet, Moscheen und Grabmäler zerstört und Tausende vertrieben wurden. Hindu-Fanatiker schürten den Hass, die Polizei sah tatenlos zu. Bis heute hat sich Modi weder für das Pogrom entschuldigt noch sein Bedauern darüber geäußert.



China

Video der Turkistan Islamic Party

In einem am 11.05.14 veröffentlichten Video begrüßt die islamistische Organisation Turkistan Islamic Party (TIP) den Anschlag auf einen Bahnhof in Ürümqi vom 30.04.14, bei dem drei Menschen getötet und 79 verletzt wurden (vgl. BN v. 05.05.14). Entgegen einer anders lautenden Meldung der SITE Intelligence Group übernahm der TIP-Führer Abdulheq Damolla jedoch, so der Bericht von Radio Free Asia vom 15.05.14, nicht die Verantwortung für den Anschlag. Er rief zu weiteren Anschlägen auf. Analysten bezweifeln, dass die TIP in der Lage ist, selbst derartige Anschläge in China zu verüben.

Vietnam/China

Gewaltsame antichinesische Proteste

Nachdem China am 01.05.14 eine Ölbohrplattform in einem auch von Vietnam beanspruchten Gebiet im Südchinesischen Meer nahe den Paracelsus-Inseln installierte, kam es in Vietnam ab dem 13.05.14 zu gewaltsamen antichinesischen Protesten. Demonstranten plünderten Fabriken in der weiteren Umgebung von Ho-Chi-Minh-Stadt sowie im Süden des Landes, die sie in chinesischem Besitz wähten, und setzten sie in Brand. Dabei wurden versehentlich auch Unternehmen aus Taiwan, Singapur und Südkorea getroffen. Mindestens zwei Chinesen kamen um, zahlreiche Personen erlitten Verletzungen. Bis zu 1.000 Personen wurden festgenommen. Am 18.05.14 verhinderte die Polizei weitere Proteste in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt. Bis zum Wochenende verließen mehr als 3.000 vor der Gewalt fliehende Chinesen Vietnam. 16 Schwerverletzte wurden mit einer Sondermaschine ausgeflogen. Am 19.05.14 trafen zwei von fünf chinesischen Schiffen im vietnamesischen Hafen Vung Ang ein, mit denen weitere Chinesen ausreisen sollen.

China und andere Anrainer des Südchinesischen Meers, darunter Vietnam, streiten seit Jahren um die Hoheitsrechte über Gebiete in der als an Ressourcen reich geltenden Region.